



BUNDESGERICHTSHOF

IM NAMEN DES VOLKES

URTEIL

3 StR 176/07

vom

14. Juni 2007

in der Strafsache

gegen

wegen Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge u. a.

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat in der Sitzung vom 14. Juni 2007,
an der teilgenommen haben:

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof
Prof. Dr. Tolksdorf,

die Richter am Bundesgerichtshof
Winkler,
Pfister,
von Lienen,
Hubert
als beisitzende Richter,

Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof
als Vertreter der Bundesanwaltschaft,

Rechtsanwalt
als Verteidiger,

Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

1. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft wird das Urteil des Landgerichts Hannover vom 10. November 2006, soweit es die Angeklagte Ö. betrifft, im Strafausspruch mit den zugehörigen Feststellungen aufgehoben.

Im Umfang der Aufhebung wird die Sache zu neuer Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten des Rechtsmittels, an eine andere Strafkammer des Landgerichts zurückverwiesen.

2. Die weitergehende Revision wird verworfen.

Von Rechts wegen

Gründe:

- 1 Das Landgericht hat die Angeklagte wegen Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge in Tateinheit mit Handeltreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge zur Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt und deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt. Hiergegen richtet sich die zu Ungunsten der Angeklagten eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft mit formellen und sachlichrechtlichen Beanstandungen. Das Rechtsmittel führt auf die Sachrüge zur Aufhebung des Strafausspruchs.
- 2
 1. Die Verfahrensrügen sind offensichtlich unbegründet im Sinne von § 349 Abs. 2 StPO.

3 2. Die Überprüfung des Urteils aufgrund der Sachrüge hat zum Schuld-
spruch weder einen zu Gunsten noch zum Nachteil der Angeklagten (§ 301
StPO) wirkenden durchgreifenden Rechtsfehler ergeben.

4 Der Strafausspruch kann nicht bestehen bleiben. Das Landgericht hat
zunächst rechtlich zutreffend die Annahme eines minder schweren Falls (§ 30
Abs. 2, § 29 a Abs. 2 BtMG) abgelehnt. Ausgehend von dem danach maßgebli-
chen Strafraumen von zwei bis zu fünfzehn Jahren Freiheitsstrafe (§ 30 Abs. 1
BtMG) ist die verhängte Strafe von zwei Jahren, also die gesetzliche Mindest-
strafe, angesichts der die Tat prägenden Umstände (Einfuhr von 1.015 g Heroin
mit mehr als 412 g HHC) auch unter Berücksichtigung aller vom Landgericht
zugunsten der Angeklagten angeführten Gesichtspunkte unvertretbar niedrig
und löst sich nach unten von ihrer Bestimmung, gerechter Schuldausgleich zu
sein (vgl. BGHR BtMG § 29 Strafzumessung 8, 13).

5 Im Übrigen weist der Senat auf Folgendes hin:

6 Die Feststellungen des Landgerichts zu den strafzumessungsrelevanten
Umständen der Kurierfahrt sind lückenhaft. Die Strafkammer begründet die
Verhängung der gesetzlichen Mindeststrafe maßgeblich damit, dass die Ange-
klagte erstmals Drogen transportiert und ein detailliertes, glaubhaftes Geständ-
nis abgegeben habe. Das Urteil enthält aber keine Feststellungen dazu, in wel-
cher Beziehung die Angeklagte zu der "nicht ermittelten männlichen Person,
genannt S. " stand, die ihr den Auftrag für den Betäubungsmitteltransport er-
teilt hatte. Solcher - bei einem glaubhaften, detaillierten Geständnis auch ohne
weiteres möglicher - Feststellungen hätte es hier um so mehr bedurft, als die
festgestellten näheren Umstände der Tat deutlich gegen die Annahme einer
ersten und einmaligen Tat sprechen. Der Angeklagten wurde die Plastiktüte mit

den 1.015 g qualitativ guten Heroins bereits am Tage vor der Einfuhrfahrt überlassen; trotz des hohen Marktwertes wurde sie bei der Kurierfahrt anscheinend nicht direkt überwacht; zudem war sie beauftragt, von den Abnehmern der Drogen in Deutschland rund 4.900 € als Anzahlung zu kassieren. Damit handelt es sich nach den die Tat prägenden Umständen um eine Kurierfahrt, wie sie typischerweise nur zuverlässigen und erprobten Kurieren in Auftrag gegeben wird.

Tolksdorf

von Lienen

Winkler

Hubert

Pfister